

Vorstellung HH16 - OP - PDG 2.11.2015

Ich darf Ihnen heute die Rechnungslegung 2014,
den 2. Anpassungshaushalt 2015
und den Ursprungshaushalt 2016 vorstellen.

Im Vorfeld dieser Vorstellung hat es bereits 2 Neuerungen gegeben:

1. Haben wir dem Parlament erstmal
schon vor der heutigen Sitzung
alle Haushaltsdokumente
und eine mehrere hundert Seiten umfassende Rechtfertigungserklärung
(auch Fibel genannt) zukommen lassen,
in der sehr detailliert und sehr transparent
über Ausgaben, Vorhaben und Veränderungen
in allen Haushaltsprogrammen
Auskunft gegeben wird.
2. Habe ich erstmal dem zuständigen Haushaltsausschuss
schon vor der eigentlichen Vorstellung des Haushaltes
die Haushaltsergebnisse mitgeteilt und auf Fragen geantwortet.
Das ist schon vor einigen Wochen geschehen.

Beide Neuerungen dienen dazu,
im Rahmen der Parlamentsreform
für noch mehr Transparenz zu sorgen
und die Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes zu verbessern.

Hinzukommt,
dass wir in Beantwortung von zahlreichen schriftlichen Fragen
während des ganzen Jahres
regelmäßig und umfassend
Auskunft erteilt haben
über den Schuldenstand der DG,
über eingegangene Verpflichtungen
und auch über einzelne Zahlungen und Ausgaben.

Das ist aus unserer Sicht notwendig und richtig;
in anderen Parlamenten so allerdings nicht immer üblich.

Schauen Sie mal nach,
wie viele solcher Fragen in anderen Parlamenten unseres Landes
unbeantwortet bleiben.

Ich wiederhole aber vor diesem Hintergrund,
was ich schon vor einem Jahr gesagt:

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch
auf eine umfassende und ehrliche Darstellung
der Haushaltslage ihrer Gemeinschaft.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch
auf Wahrheit und Redlichkeit.

Und wir sorgen dafür,
dass diesem Anspruch Genüge geleistet werden kann.

Auf die Rechnungslegung 2014
brauche ich heute nicht mehr im Detail einzugehen,
weil ich das schon am 20.04.2015
hier an diesem Rednerpult getan habe.

Zusammenfassend kann man für das Jahr 2014 festhalten:

Die im Haushalt eingeplanten Einnahmen wurden zu 99,9 %
auch tatsächlich realisiert.

Das zeigt mal wieder,
wie präzise und vorsichtig
wir die Einnahmen der DG bei der Haushaltsvorbereitung einschätzen.

Die im Haushalt vorgesehenen Ausgaben hingegen wurden nur zu 96,84 %
realisiert.

Wir haben also mehr als 3 % des uns zur Verfügung stehenden,
vom Parlament genehmigten Geldes
gar nicht ausgegeben.

Das ist zum Teil darauf zurückzuführen,
dass bestimmte Infrastrukturprojekte in den 9 Gemeinden
nicht rechtzeitig abgeschlossen
und auf das Jahr 2015
verschoben werden mussten.

Das hat aber auch zu einem erheblichen Teil damit zu tun, dass wir eine strikte Haushaltsdisziplin anwenden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir geben das Geld eben nicht einfach nur deshalb aus, weil wir es könnten und dürften, weil es uns zur Verfügung steht.

Nein,

wir drehen bei jeder Ausgabe jeden EUR mindestens 2x um und verzichten in erheblichem Umfang , in Millionenhöhe auf Ausgabeermächtigungen, die das Parlament uns gegeben hat.

Das gilt für alle Minister und alle Zuständigkeitsbereiche.

Wir gehen also sorgsam mit jedem einzelnen EUR um, den das Parlament uns zur Verfügung stellt.

Wir sparen auch weiterhin überall dort, wo das sozialverträglich möglich ist, ohne Dienstleistungen zu gefährden.

Das haben wir gleich zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt.

Und daran werden wir uns während der gesamten Legislaturperiode halten.

Das Haushaltergebnis 2014 spiegelt genau das wider:

**Das Haushaltsergebnis 2014
hat sich im Vergleich zum verabschiedeten Haushalt
verbessert und zwar um 10,6 Millionen.**

Alleine bei den laufenden Ausgaben konnten 4,1 Millionen EUR eingespart werden.

Im Nachhinein werden sogar noch buchhalterische Verbesserungen hinzukommen,
die sich aus den neuen Auslegungen der SEC-2010-Norm ergeben.

Ich verweise in diesem Zusammenhang
auf meine diesbezüglichen Erläuterungen vom 20.04.2015.

Kommen wir zum **Haushalt 2015**:

Bereits in der Debatte über den 1. Anpassungshaushalt 2015
vor einigen Monaten
haben wir alle miteinander festgestellt,

dass sich die makroökonomischen Parameter
in der Welt, in Europa und in Belgien
vor dem Hintergrund zahlreicher Konflikte, Kriege und Krisen
erkennbar verschlechterten.

Wir waren uns damals alle einig darüber (auch die Opposition),
dass die Regierung der DG gut daran getan hatte,
das Wirtschaftswachstum vorsichtiger einzuschätzen
als der Föderalstaat, das föderale Planbüro und alle anderen Gliedstaaten in
Belgien.

Wir waren bei der Schätzung unserer Einnahmen für das Jahr 2015
von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,0 % ausgegangen.
Alle anderen waren von 1,5 % ausgegangen.
Und, das wissen wir heute,
am Ende waren es in Wahrheit 1,2 %.

Dank dieser vorsichtigen Planung
waren wir trotz Konjunkturflaute
und trotz einer dramatisch sinkenden Inflation in der Lage,
nicht nur unseren Haushaltpfad einzuhalten
sondern sogar einige Ausgabenerhöhungen zu beschließen:

So wurden zum Beispiel Mittel
für das Projekt „Kultur macht Schule“ erhöht.

Die Mittel für den kostengünstigen Zugang zum Unterricht
wurden angehoben.

Für die Inklusion von Menschen mit einer Behinderung wurde deutlich und dauerhaft mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 2015 haben wir auch die Mittel für die Ausbildung von Gesellen und Meistern deutlich und dauerhaft angehoben.

Die verfügbaren Mittel für Kinderbetreuung sind im Haushalt 2015 fast verdoppelt worden.

Zwei weitere Standorte für die außerschulische Betreuung konnten anerkannt werden.

Die sogenannten FESC-Mittel, die uns im Zuge der 6. Staatsreform übertragen wurden, haben wir integral für die Finanzierung der außerschulischen Betreuung eingesetzt und mit Eigenmitteln sogar noch einmal aufgestockt.

Das Zentrum Mosaik erhielt einen Psychologen zur Förderung des seelischen Zustandes von Kindern.

Der neu geschaffenen Dienst „Info Integration“ wurde finanziell abgesichert.

Für den Bau eines Alten- und Pflegewohnheims in Kelmis wurden 60 Plätze genehmigt.

Das Pilotprojekt „Betreuung kranker Kinder“
wurde auf den Süden der DG ausgeweitet.

Im Unterrichtswesen
wurden zum Beispiel
zusätzliche Kindergärtnerinnen und Kindergärtner
eingestellt.

Die Mittel für die Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung
im Regelschulwesen
– das Stundenkapital für Integration –
wurde massiv erhöht.

Zudem wurde die finanzielle Grundlage geschaffen,
um zusätzliche Förderpädagogen im Regelschulwesen einstellen zu können.

Trotz all dieser im Laufe des Jahres 2015
beschlossenen Verbesserungen
und einer gleichzeitigen Verschlechterung der Wirtschaftsparameter
ist es uns bei der ersten Haushaltsanpassung 2015 gelungen,
die uns vom Föderalstaat auferlegten Haushaltsvorgaben einzuhalten.

Dafür gab es 2 Gründe :

- Erstens die eben erwähnte Haushaltsdisziplin
- Zweitens die Tatsache,
dass wir unsere Einnahmen sehr viel vorsichtiger eingeschätzt hatten als
anderen

Was hat sich seitdem getan?

Einerseits haben sich die Wirtschaftsparameter wieder etwas verbessert.

Das Wirtschaftswachstum in 2015 beträgt schlussendlich voraussichtlich 1,2 %.

Wir waren von 1,0 % ausgegangen.

Das ist gut für uns.

Die Inflation beträgt 0,4%. Wir waren von 0,0% ausgegangen.

Auch das ist gut für uns.

Außerdem hat die Föderalregierung mittlerweile eine bedeutende Refinanzierung der DG beschlossen, die bei der 1. Anpassung 2015 noch unter einem Vorbehalt stand.

Auch wenn diese Refinanzierung erst 2016 in vollem Umfang greift, so ist das natürlich gut; sehr gut sogar und von allergrößter Bedeutung für uns.

Das sind positive Entwicklungen – gute Nachrichten für die DG, die sich seit der 1. Anpassung des Haushaltes ergeben haben

Es gibt aber auch negative Entwicklungen:

Die mittlerweile vom Föderalstaat beschlossene Rentenreform z.B. wird für die DG zu erheblichen Mehrausgaben im Personalbereich führen– insbesondere im Unterrichtswesen.

Zudem scheint die in der Zwischenzeit vom Föderalstaat beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom zu einer früheren Indexierung der Gehälter im öffentlichen Dienst zu führen als bislang angenommen wurde.

Auch das wird zu erheblichen Mehrausgaben für die DG führen.

Für den Haushalt der DG sind das keine guten Nachrichten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie Sie sehen werden,
sind wir in der Lage,
auch mit solchen Entwicklungen
umzugehen,
... ohne unsere finanzpolitischen Ziele zu gefährden.

Ja,
wir sind darüber hinaus sogar in der Lage,
da wo das notwendig und sinnvoll erscheint,
im Rahmen unserer sachpolitischen Prioritäten,
Ausgabenerhöhungen zu gewähren.

So sehen wir zum Beispiel mit dieser 2. Haushaltsanpassung für den Kulturbereich eine Erhöhung von immerhin 100.000 EUR vor, um die Finanzierung der Startphase des neuen Kulturzentrums „alter Schlachthof“ absichern zu können

Um die Eltern von Schülerinnen und Schülern finanziell zu entlasten, werden zum Beispiel auch die Mittel für den kostengünstigen Zugang zum Unterricht noch einmal um 80.000 EUR erhöht.

Die Ausgaben für das Personal im Unterrichtswesen werden sogar um 922.000 EUR erhöht, u.a. um die Auswirkungen der föderalen Rentenreform auf unseren Haushalt auffangen zu können.

Trotzdem ist es uns auch bei dieser 2. Anpassung des HH 2015 gelungen den Haushaltpfad der DG, das belgische Stabilitätsprogramm, die Vorgaben des Föderalstaates einzuhalten.

Das Haushaltergebnis verändert sich im Vergleich zur 1. Anpassung kaum. Es verbessert sich sogar ganz leicht um 37.000 EUR.

Damit respektieren wir alle uns gemachten Vorgaben.

Und ich wage die Prognose, dass sich das endgültige Haushaltergebnis 2015 dank unserer weiterhin stringent durchgeführten Haushaltsdisziplin und unserer sehr vorsichtigen Schätzungen bis zum 31.12.2015 noch einmal sehr deutlich verbessern wird.

Warten wir es ab.

Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2016

ist für unsere Gemeinschaft ein ganz besonderer Jahrgang.

Zum ersten Mal müssen wir

ausnahmslos allen Auswirkungen der 6. Staatsreform

Rechnung tragen.

Wir sind im Zuge dieser Staatsreform zuständig geworden für den gesamten Bereich der Seniorenpflege (inklusive Personal und Gehaltsmasse).

Wir sind zuständig geworden für den gesamten Bereich der Kinderzulagen. (allein in diesem Bereich geht es um mehr als 30 Millionen EUR pro Jahr)

Wir sind auch zuständig geworden für Teile der Justizpolitik, weitere Aspekte der Gesundheitsprävention, für die Krankenhausinfrastruktur und -ausstattung und vieles andere mehr.

Darüber hinaus ist es uns bekanntlich gelungen, die Verhandlungen mit der WR zur Übertragung weiterer beschäftigungspolitischer Zuständigkeiten an die DG erfolgreich abzuschließen.

Das entsprechende Übertragungsdekret
wird das PDG in Kürze verabschieden können.

Und auch das hat Auswirkungen auf unseren Haushalt,
die wir berücksichtigt haben.

Alleine für diese neuen beschäftigungspolitischen Zuständigkeiten
werden knapp 20 Millionen EUR pro Jahr vorgesehen
– sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben.

Das alles,
werte Kolleginnen und Kollegen,
ist für uns eine riesige Herausforderung.

Das Haushaltvolumen der DG
steigt durch neue Zuständigkeiten
zwischen 2014 und 2016
um sage und schreibe 50 %
- um die Hälfte also -
von knapp 200 Millionen Millionen EUR im Jahre 2014
auf knapp 300 Millionen EUR im Jahre 2016.

Das Haushaltvolumen der DG steigt um 50%..

Alleine daran wird schon erkennbar,
was diese 6. Staatsreform für unsere Gemeinschaft bedeutet.

Sie bedeutet
eine deutliche Erweiterung unserer Handlungsmöglichkeiten.

Sie wird uns erlauben,
noch maßgeschneiderter
auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen,
die in unserer Gemeinschaft leben.

Sie bedeutet aber auch...viel Arbeit für uns alle :

für das Parlament, die Regierung, die Verwaltung
und zahlreiche öffentliche Einrichtungen.

Und selbstverständlich kann man
all diese Zuständigkeiten
nicht ohne Personal verwalten
–geschweige denn gestalten.

Es wäre zum Beispiel sträflich und unverantwortlich,
wenn wir niemanden beschäftigen würden,
der sich um die Kinderzulagen, die Justizhäuser
oder auch die Seniorenpflege kümmert.

Es wäre auch unverantwortlich,
wenn wir dem Arbeitsamt
kein Personal zur Verfügung stellen würden,
das sich um die Kontrolle der Arbeitslosen kümmert.

Und es wäre unverantwortlich,
wenn sich niemand um die Krankenhäuser kümmern würde.

Nun ist es aber so,
dass in den föderalen Verwaltungen,
die bisher für all diese Bereiche zuständig waren,
kaum deutschsprachiges Personal beschäftigt war;
man uns also kein deutschsprachiges Personal übertragen kann.

Deshalb hat der Föderalstaat entschieden,
uns Geld zu geben,
um selbst Personal einstellen zu können.

Wir stellen also selbst Personal hierfür ein.

Und wir gehen dabei sehr behutsam, umsichtig und sparsam vor.

In der Regierung wurden 2014
für die neuen Zuständigkeiten
lediglich 2 zusätzliche Stellen geschaffen.

Eine im Kabinett der Beschäftigungsministerin
und eine im Kabinett des Sozial-, Familien und Gesundheitsministers.

Diese 2 Stellen führen natürlich seit 2015 zu Mehrkosten.

Aber im Vergleich zum gestiegenen Aufwand

sind diese Mehrausgaben sehr gering.

Eine dritte im Stellplan für die Staatsreform vorgesehene Stelle
in der Kanzlei
wurde übrigens bislang gar nicht besetzt.

Selbstverständlich müssen auch bei den Dienstleistern,
bei jenen also, die die Dienstleistungen für die Menschen erbringen,
Personen eingestellt werden,

z.B. im Ministerium, im Arbeitssamt,
in der Dienststelle für Menschen mit einer Behinderung
und im Institut für die Ausbildung im Mittelstand.

Aber auch dort gehen wir sehr behutsam
mit Neueinstellungen vor
– wie der ein oder andere in diesem Saal bezeugen kann.

Auf die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Zuständigkeiten
bin ich bereits detailliert in einer Regierungserklärung
vor wenigen Wochen eingegangen.

Darauf komme ich heute nicht mehr zurück.

An dieser Stelle nur so viel:

Wir wollen auf der Grundlage unserer Orientierungen,

die wir gegeben haben,
die Menschen in unserer Gemeinschaft an der Gestaltung
der neuen Zuständigkeiten beteiligen;
wir wollen sie einbeziehen.

Ja,
wir wollen im Dialog gestalten
– im Dialog mit den Sozialpartnern, mit den Betroffenen selbst,
mit der organisierten Zivilgesellschaft
und natürlich im Dialog mit dem Parlament
- und zwar im Dialog mit Mehrheit und Opposition.

Wir wollen parteiübergreifend im Sinne der Sache wirken.

Deshalb wurde auch der 5-Parteiendialog,
der sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode bewährt hatte,
fortgesetzt.

Ja, der 5-Parteiendialog findet wieder statt.

Wir haben uns wieder zu 5 getroffen
- und zwar konstruktiv
und ohne dass sich jemand über diese Zusammensetzung beschwert hätte;
... allem vorherigen Getöse zum Trotz,
das wir in der Debatte zur RE vor einigen Wochen gehört hatten.

Die 5 Fraktionen haben mittlerweile öffentlich bekundet,
dass sie diesen Dialog zu 5 in dieser Form fortsetzen wollen.

Über die vielfältigen Aspekte der 6. Staatsreform hinaus
hat die Regierung mit diesem Haushalt 2016
einige ganz wesentliche Schwerpunkte festgelegt,
und zwar sowohl bei den laufenden Ausgaben
als auch im Infrastrukturbereich.

Darauf möchte ich kurz eingehen:

Zunächst zu den laufenden Ausgaben

Der Bildungshaushalt wird
im Vergleich zu 2014
um mehr als 3 Millionen EUR rekurrent (also jährlich wiederkehrend) erhöht.

Das ist,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
im Jahresvergleich
die größte und umfassendste
Erhöhung eines Bildungshaushaltes,
die es jemals in der Geschichte unserer Gemeinschaft gegeben hat.

Der Bildungsminister wird in den Ausschusssitzungen
detailliert auflisten und begründen,
wofür dieses Geld gebraucht wird.

Es fließt zum allergrößten Teil in die Gehaltsmasse.

Wir werden zum Beispiel mit diesen bedeutenden zusätzlichen Mitteln:

- die Auswirkungen der föderalen Rentenreform auffangen,

- die Einstellung zusätzlicher Kindergärtner
im Verhältnis zur Schülerzahl
ermöglichen,
um die Klassengrößen noch einmal verringern,

- das Förderdekret integral umsetzen
– der sogenannte Fördertopf wird komplett geöffnet;

- zusätzliche Förderpädagogen im Regelschulwesen einstellen,
um besser mit Lernschwächen und Hochbegabungen
umgehen zu können;

- zusätzliche BVA-Stellen finanzieren;

- die Middle-Management-Strukturen in unseren Schulen verbessern;

- Personal finanzieren für die Beschulung von Flüchtlingskindern;

- und an einigen Schulen zusätzliches Arbeitspersonal einstellen.

Darüber hinaus werden die Mittel

für den kostengünstigen Zugang zum Unterricht

für das Schuljahr 2015-2016 um 250.000 EUR rekurrent erhöht,

um die Kostenbeteiligung der Eltern

am Unterrichtsbesuch ihrer Kinder zu reduzieren

... um nur einige Beispiele aus dem Unterrichtswesen zu nennen.

Die Mittel für den Sozial- und Gesundheitsbereich
werden ebenfalls spürbar erhöht,
und das nicht nur wegen der 6. Staatsreform.

So sehen wir beispielsweise zusätzliche Mittel
für Seniorenbeauftragte vor.

Zusätzliche Mittel werden ebenfalls vorgesehen
für das REK-Projekt „wir bauen auf Familie“,
für Projekte im Bereich der Inklusion,
für die Kinderbetreuung,
für den Ausbau der außerschulischen Betreuung,
für die Unterbringung von Kindern mit erhöhtem Pflegebedarf,
und für die Beteiligung der DG im Rahmen des Kooperationsabkommens für
Chancengleichheit.

Die Mittel für PRISMA werden ebenfalls aufgestockt.

Für die Sozialen Treffpunkte werden bedeutende zusätzliche Mittel vorgesehen.

Der Sonderfonds für Sozialhilfe wird erhöht.

Für innovative Projekte
im Sozialbereich und in der Armutsbekämpfung
werden jetzt ebenfalls Gelder vorgesehen.

Und ganz wichtig:

Die Mittel für Sprachkurse werden vervielfacht.

Alleine für zusätzliche Sprachkurse

sehen wir

Mehrausgaben in Höhe von 150.000 EUR pro Jahr vor.

Im Kulturbereich werden ebenfalls Weichen gestellt.

Für das Kulturzentrum „Alter Schlachthof“

werden z.B. zusätzliche Mittel vorgesehen,

um den abzuschließenden Geschäftsführungsvertrag

finanzieren zu können.

Und obwohl die Mittel für den Kultursektor bereits

durch die Umsetzung des Kulturförderdekrets

um 30 % (!) erhöht wurden,

erhöhen wir jetzt noch einmal die Mittel für professionelle Kulturträger ,

um das Figurentheater

in die strukturelle Förderung aufnehmen zu können.

So viel zu den wichtigsten Veränderungen in den laufenden Ausgaben.

Ich denke,

all diese Verbesserungen sind beachtlich.

Sie kommen allesamt
sehr konkret uns sehr direkt den Menschen zugute,
die in unserer Gemeinschaft leben
- und zwar in all unseren Zuständigkeitsbereichen.

**Insgesamt investieren wir im Jahre 2016 von all unseren laufenden
Ausgaben**

36 % in Bildung = 106 Millionen EUR

30% in den Sozialbereich = 88 Millionen EUR

10 % in die Arbeitsmarktpolitik = 28 Millionen EUR

7,5 % in den Gemeindefonds = 22 Millionen EUR

4,5 % in Kulturangebote im weitesten Sinne = 13 Millionen EUR

Wie eben angekündigt,
gibt es aber auch in den Infrastrukturplänen der DG
neue Schwerpunkte.

Obwohl wir in dieser Legislaturperiode
sehr viel weniger Geld für Infrastrukturinvestitionen
vorgesehen haben
als in den beiden letzten Legislaturperioden,
ist es gelungen,
85% aller
uns im Rahmen unserer Runde mit den Gemeinden
vorgetragenen Zuschussanträge
in den Infrastrukturplan 2015-2016 aufzunehmen.

85%!

Insgesamt haben wir für diese Infrastrukturpläne
20,6 Millionen EUR vorgesehen.

Hinzukommen die Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur,
die Ausstattung
und die Kapitaldotationen
für paragemeinschaftliche Einrichtungen.

Wie schon in den letzten Jahren investieren wir
auch diesmal wieder das meiste Geld in den Schulbau.

40% aller Infrastrukturausgaben
fließen mal wieder ins Unterrichtswesen.

Davon werden u.a. profitieren:

- Die Gemeindeschulen in Kelmis, Reuland, Hauset, Herbesthal, Walhorn, Deidenberg, Manderfeld, Bütgenbach, Kettenis, Eynatten, Rodt, Lontzen und Nidrum.
- Das ZFP, das ACF, KAS, die Musikakademie
- Die PDS und das BIB

Für die Renovierung, die Sanierung,
Erneuerungen und Umbau dieser Schulen
stellen wir Zuschüsse in Höhe von 8,8 Millionen EUR zur Verfügung.

All diese Schulprojekte bezuschussen wir zu 80 %.

Wir sind übrigens die einzige Gemeinschaft in Belgien,
die Schulbauten zu 80% bezuschusst.

Die anderen Gemeinschaften
übernehmen für Schulbauten
im OSU und im FSU
zumeist weniger als 40 % der Projektkosten.

Wir halten aber an den 80% fest,
weil wir genau wissen,
dass unsere Gemeinden und das FSU
ansonsten
nie und nimmer in der Lage wären,
alle Schulen in Ordnung zu bringen.

Das haben sie uns oft genug bestätigt.

In die Erneuerung der zahlreichen Kirchen
auf dem Gebiet der DG
werden wir ebenfalls investieren.

Wir sind übrigens die einzige Gemeinschaft in Belgien,
die nicht denkmalgeschützte Kirchen
bezuschusst.

Von unseren Zuschüssen
werden diesmal u.a. profitieren
die Kirchenfabriken, Kirchen bzw. Kapellen
in Medell, Krewinkel, Rocherath, Nidrum, Maldingen, Bracht, Maspelt, Raeren,
Kelmis, St.Vith, Raeren, Kelmis, Lontzen, Walhorn und Ouren.

Hinzukommen Zuschüsse
für die evangelische Kirchengemeinde Eupen/Neu Moresnet
und für die St Joseph Kirche in Eupen.

Und nicht zu vergessen :
die Sanierung der Kirchtürme der St Nikolaus Kirche in Eupen.

Alleine für die Sanierung dieser Türme
haben wir einen Zuschuss in Höhe von 621.000 EUR vorgesehen.

Der Sozialbereich
bildet einen weiteren Schwerpunkt
unserer Infrastrukturpolitik:

Wir werden in diesem und im nächsten Jahr
u.a. investieren
in die Behindertenstätte Eupen,
deren Außenstelle in Raeren,
das Königin Fabiola Haus und die Tagesstätte Garnstock;

in die Tagesstätte Meyerode, das RZKB
und in die WG Lommersweiler.

Alleine für die WG Lommersweiler
haben wir einen Zuschuss
in Höhe von 653.000 EUR vorgesehen.

Im Sportbereich werden wir u.a. folgende Projekte bezuschussen:

Die Kunstrasenplätze in Amel und Raeren,
die Gesamtrenovierung des Sport- und Kulturhauses Herzebösch
(alleine hierfür stellen wir 390.000 EUR zur Verfügung),
ein Projekt der Turn- und Sportgemeinschaft Amel
und mehrere Projekte von Schützenvereinen.

Wir investieren in den Jahren 2015 und 2016
insgesamt
20,6 Millionen EUR
in 186 Infrastrukturprojekte auf dem Gebiet der DG

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch
der Blick auf die Liste
der übrig bleibenden, angemeldeten Bedürfnisse
– den „Registrierungskatalog“.

Der Blick auf den Registrierungskatalog
war für die politische Debatte schon immer interessant;
zeigt er doch eine mögliche Größenordnung
des absehbaren Infrastrukturbedarfs auf...

Wobei natürlich nicht jedes angemeldete Vorhaben sinnvoll oder genehmigungswürdig ist.

Interessant ist aber die Größenordnung und der damit verbundene Trend.

Diesmal ist der Blick auf den Katalog besonders interessant.

Im Registrierungskatalog verbleiben nämlich gerade einmal 60 Projekte mit einem Zuschussbedarf von insgesamt 18,4 Millionen EUR.

Das ist vergleichsweise wenig.

Das ist einer der niedrigsten Werte,
wenn nicht sogar der niedrigste Wert,
seitdem es in der DG Infrastrukturpläne gibt.

Der übrigbleibende, angemeldete Bedarf nimmt also weiter ab.

Diese Entwicklung deutet zumindest an, dass wir es uns in den nächsten Jahren durchaus erlauben können, weniger in Infrastruktur zu investieren als in der Vergangenheit.

Das ist auch deshalb von Bedeutung,
weil die SEC 2010 Buchhaltungsnormen
- ich habe schon oft darauf hingewiesen -
die Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand
massiv einschränken;
... vor allem weil wir
im Gegensatz zur privaten Wirtschaft
unsere langfristigen Zukunftsinvestitionen
nicht mehr abschreiben dürfen.

Die überaus strenge Auslegung dieser Normen
durch Eurostat
hat uns übrigens veranlasst,
2 Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen:

- Wir haben im Haushaltsdekret
die Möglichkeit vorgesehen,
für bestimmte Projekte Vorschüsse
in Höhe von 90% der Zuschusssumme zu gewähren.

- Wir werden allen im Infrastrukturplan
berücksichtigten Projektträgern
in Form eines Rundschreibens mitteilen,
dass eine Verschiebung ihrer Projekte von 2016 auf 2017
nicht möglich sein wird.

Jeder hat also ein großes Interesse daran,
die vorgesehenen Fristen einzuhalten.

Ich habe persönlich sowohl in der Runde mit den Gemeinden
als auch in persönlichen Gesprächen

mit den Trägern von größeren Infrastrukturprojekten auf die Bedeutung dieser Fristen hingewiesen.

Wir werden im Jahre 2017 ohnehin nur sehr wenige Projekte in den Infrastrukturplan aufnehmen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das sind die Schwerpunkte unserer Ausgabenpolitik für das Jahr 2016 für laufende Ausgaben und für Infrastrukturzuschüsse.

Weit mehr als $\frac{3}{4}$ aller Finanzmittel unserer Gemeinschaft fließen in die Bereiche Bildung, Soziales und Beschäftigung.

Die Kosten für die gesamte Regierung machen übrigens (alles inklusive) etwa 1 % unserer Ausgaben aus.

Nun kann man trefflich darüber streiten, ob das die richtige Schwerpunksetzung ist.

Das werden wir in den nächsten Wochen sicherlich auch tun.

Aber an all jene, die unsere Gemeinschaft grundsätzlich in Frage stellen;

an all jene,
die die DG mit ihrem sogenannten Wasserkopf
abschaffen wollen,
richte ich die Frage :

Wer,
wenn nicht die DG,
soll sich denn um all das,
was ich in den letzten 30 Minuten beispielhaft aufgelistet habe,
kümmern?

Wer soll all das finanzieren, wenn nicht die DG?

Wer soll all das bürgernah,
effizient und in deutscher Sprache
verwalten und gestalten,
wenn nicht die DG...
- in Zusammenarbeit mit den 9 deutschsprachigen Gemeinden
und der organisierten Zivilgesellschaft.

So nah dran an den Menschen
und ihren Bedürfnissen
wie die DG
ist naturgemäß keine andere Gemeinschaft in Belgien;
schon gar nicht in deutscher Sprache.

Kolleginnen und Kollegen,
wie sieht es nun mit den für das Jahr 2016
geschätzten Einnahmen aus?

Nun,
darüber habe ich bereits vor einigen Wochen
im Ausschuss Auskunft erteilt
und Rechenschaft abgelegt.

Wie jeder weiß,
erhalten wir in Belgien keine Geschenke.

Wir werden auch nicht bevorzugt behandelt.

Unsere Einnahmen beruhen auf objektiven Parametern:

- dem Wirtschaftswachstum
- der Inflationsentwicklung
- unserer Bevölkerungsentwicklung

Diese Parameter können für das Jahr 2016
zum jetzigen Zeitpunkt
natürlich nur geschätzt werden.

Wie schon im letzten Jahr
wollen wir dabei sehr vorsichtig sein.

Genau wie alle anderen Körperschaften in Belgien
berufen wir uns hierfür
auf die Prognosen des Föderalen Planbüros.

Dazu sind wir im Übrigen gesetzlich verpflichtet.

Das Planbüro ging ursprünglich für 2016
von einer Inflation in Höhe von 1,2 % aus.

Nach dem Beschluss des Föderalstaates,
die Mehrwertsteuer auf Strom zu erhöhen,
gehen die meisten Institute aber mittlerweile
von 1,5 % aus;
mit der Folge übrigens,
dass die Gehälter im öffentlichen Dienst
früher indexiert werden
als ursprünglich vorgesehen.

Man rechnet nunmehr auf dieser Basis
mit einer Indexierung der Gehälter im Februar 2017.

Wir haben entschieden,
für die Berechnung unserer Einnahmen
von einer Inflation in Höhe von 1,2% auszugehen
(wir nehmen also den für uns ungünstigeren Wert);

Für die Berechnung unserer Ausgaben
gehen wir aber von einer höheren Inflation
und einer Indexierung der Gehälter im Februar 2017 aus.

Vorsichtiger kann man mit den Inflationsparametern
wohl kaum umgehen.

Ähnlich sind wir bei der Schätzung des Wirtschaftswachstums
vorgegangen:

Das Föderale Planbüro, der Föderalstaat und alle anderen Gliedstaaten
gehen für 2016 von einem Wachstum in Höhe von 1,3 % aus.

Wir sind vorsichtiger als anderen
und legen unserer Einnahmeschätzung
nur ein Wachstum von 1,2 % zugrunde.

Für die Bevölkerungsentwicklung in der DG
gibt es verschiedene Szenarien,
je nachdem welche Quelle man bemüht.

Wir haben das ungünstigste dieser Szenarien übernommen.

Es scheint sehr wahrscheinlich zu sein,
dass die Bevölkerungsentwicklung
günstiger ausfallen wird
als in unserer Simulation vorgesehen.

Meine Eltern haben mir aber sehr konsequent beigebracht,
dass **Vorsicht die Mutter aller Porzellankisten** ist.

An diesen Grundsatz versuche ich mich immer zu halten.

Am Ende zählen nämlich nur die Ergebnisse.

Und die sollten nach Möglichkeit nicht schlechter
sondern besser sein
als die entsprechenden Ankündigungen.

Wir haben all also all unsere Einnahmen vorsichtig eingeschätzt.

Sollten sie am Ende höher sein als erwartet;
ist das natürlich umso besser.

Selbstverständlich haben wir in den Haushalt
auch alle Einnahmen für die neuen Zuständigkeiten eingetragen,
genauso wie die von der Föderalregierung beschlossene Refinanzierung
unserer Gemeinschaft um immerhin 7 Millionen EUR.

Kolleginnen und Kollegen,

aus alle dem bislang Gesagten
ergibt sich natürlich für das Jahr 2016 ein Haushaltsresultat.

Und das enthält keinerlei Überraschungen.

Es fällt genauso aus,

wie ich es schon vor einige Zeit angekündigt hatte.

**Das Haushaltsresultat 2016 entspricht genau dem,
was im Konzertierungsausschuss
vor einigen Monaten vereinbart wurde.**

Es entspricht dem belgischen Stabilitätsprogramm.

**Mit einem Defizit von 44,4 Millionen EUR
halten wir uns auch im Jahre 2016
an den für die unsere Gemeinschaft
vorgesehenen Haushaltspfad
und respektieren die entsprechenden Vorgaben des Föderalstaates.**

Dieses Defizit ist,

wie Sie wissen,

immer noch geprägt durch sogenannte „one shots“

– außergewöhnliche Ausgaben also -

die sich zu einem beachtlichen Teil

aus der Umwandlung von alternativen Finanzierungen

und vorgezogenen Schuldrückzahlungen

bzw. Investitionen ergeben.

So zahlen wir im Jahre 2016 zum Beispiel
gleich zwei Jahresraten
für das PPP- Schulbauprogramm
in Höhe von insgesamt 14,7 Millionen EUR
zurück.

Wir haben außerdem
mittlerweile alle alternativen Finanzierungen der DG aufgelöst;

sowohl die bestehenden als auch die noch nicht begonnen –

in einer Größenordnung von 53,2 Millionen bzw.
(wenn ich alles berücksichtige) 77,2 Millionen EUR.

Das war ein wahrer Kraftakt.

Er führt,
wie angekündigt,
zu überhöhten Defiziten in den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017.

Das können Sie der Fibel im Detail entnehmen.

Aber er entlastet kommende Haushalt und Generationen,
weil wir mehrere Millionen EUR an Zinsen einsparen,
wie Sie dem Rechnungshofbericht 2014
werden entnehmen können.

Wir haben in einem nie dagewesenen Ausmaß

Schulden vorzeitig zurückgezahlt.

Und zwar Schulden,
die gemeinnützige Einrichtungen und viele Gemeinden
bei Banken aufgenommen hatten
oder hätten aufnehmen müssen.

Erinnern Sie sich noch daran,
wie heftig die Regierung vor einiger Zeit dafür kritisiert worden ist,
dass die Gemeinden einige Monate
auf die Auszahlung von Infrastrukturzuschüssen
warten mussten.

Nun, Kolleginnen und Kollegen,
das ist schon seit einigen Jahren nicht mehr der Fall.

Die Gemeinden müssen nicht mehr auf Zuschusszahlungen warten.

Alle Wartelisten wurden mittlerweile komplett abgebaut.

Es gibt zum heutigen Tag keine einzige Warteliste mehr.

Im Gegenteil,
wir werden sogar schon in diesem Jahr
für große Projekte Vorschüsse in Millionenhöhe auszahlen;
noch bevor das Projekt überhaupt fertiggestellt ist.

Das entlastet die Liquidität der Projektträger in erheblichem Masse.

Auch das gibt es außerhalb der DG nirgendwo in Belgien.

Was bedeutet nun all das für unsere **langfristige Finanzplanung**?

Die Tatsache,
dass es uns offenkundig gelingt,
sowohl 2015 als auch 2016
unseren Haushaltspfad nicht nur einzuhalten
sondern sogar besser zu sein,
als vom Föderalstaat verlangt,
ist ein beruhigendes Zeichen.

Wir können also
bei unserem finanzpolitischen Ziel bleiben,
im Jahre 2018 und in allen darauffolgenden Jahren
einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Es bleibt dabei:

Wir werden in dieser Legislaturperiode
die Grundlage dafür schaffen,
dass die DG dauerhaft mit ihrem Einkommen auskommen kann
und zwar nach den überaus strengen SEC 2010- Normen.

Natürlich wäre es wünschenswert,

wenn man diese Normen
auf europäischer Ebene abändern würde.

So,
wie sie jetzt ausgelegt werden,
schaden sie der öffentlichen Daseinsvorsorge
und der privaten Wirtschaft.

Aber wir sind in der Lage
auch auf Grundlage dieser Kriterien,
sowohl einen ausgeglichenen Haushalt
nach den Vorgaben des Hohen Finanzrates
zu präsentieren
als auch unseren Verpflichtungen
dem Föderalstaat gegenüber nachzukommen:

- wir müssen bekanntlich ab 2016
einen jährlichen Beitrag in Höhe von 4,3 Millionen EUR
zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen leisten.
Dadurch,
dass die WR
uns mit der Übertragung der Beschäftigungsbefugnis im Proporz
auch einen Teil ihres eigenen Beitrags
zur Sanierung der Staatsfinanzen
übertragen hat;
erhöht sich dieser Beitrag sogar.

- wir müssen ebenfalls einen zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung der Beamtenpensionen leisten. Das wird am Ende pro Jahr etwa 1 Million EUR ausmachen.

- und wir müssen auch weiterhin im Rahmen des Übergangsmechanismus einen millionenschweren Beitrag zur innerbelgischen Solidarität. Anderswo nennt man solch ein System „Länderfinanzausgleich“.

All diesen zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen werden wir nachkommen.

All das wurde in unserer Haushaltsplanung berücksichtigt.

Und wir wollen unser finanzpolitisches Ziel mit der uns selbst auferlegten Haushaltsdisziplin erreichen.

Wir wollen auch weiterhin auf sozialunverträgliche Sparmaßnahmen verzichten.

Im Gegensatz zu allen anderen Gliedstaaten übrigens.

Überall im ganzen Land werden zurzeit empfindliche Sparmaßnahmen durchgeführt:

- die WR beispielsweise kürzt die Mittel
für paragemeinschaftliche Einrichtungen um 10 %;
während wir dem Arbeitsamt, der DpB, dem IAWM,
dem BRF
und anderen öffentlichen Einrichtungen
eine Erhöhung der Mittel um 1,25% pro Jahr
zugestanden haben.

- die WR kürzt zum Beispiel auch
die sogenannten fakultativen Ausgaben
um mindestens 7;
in vielen Fällen sogar um 15 %.

Darunter leiden vor allem Vereinigungen
und soziale Einrichtungen.

Auch das tun wir nicht.

Im Gegenteil !

Wir haben,

wie ich eben dargelegt habe,

die Mittel für den sozialen Zusammenhalt

in unserer Gesellschaft erhöht.

- Die WR kürzt darüber hinaus
die Mittel für Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen.

Auch das tun wir nicht. Im Gegenteil.

Für das Unterrichtswesen beispielsweise
haben wir zusätzliche BVA-Stellen geschaffen.

- Die FG hat ihrerseits
die Mittel für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk/Fernsehen
- die RTBF -
empfindlich gekürzt.

Auch das haben wir nicht getan.

Ich sagte es bereits,
die Mittel für den BRF steigen
hierzulande
rekurrent um 1,25 %.

- Die Flämische Gemeinschaft wiederum
hat die Mittel für Kinderbetreuung gekürzt.

Auch das tun wir nicht.

Im Gegenteil:

Wir haben zusätzliche Mittel
für diesen so wichtigen Bereich vorgesehen;

beispielsweise um zusätzliche Kinderkrippen einzurichten
und die außerschulische Betreuung auszudehnen.

Auf die Tagesmütter,
für die die Regierung sich ebenfalls einsetzen möchte
wird Kollege Antoniadis schon in Kürze noch mal zurückkommen.

- Die FG
und noch mehr die Flämische Gemeinschaft
haben
zusätzlich dazu
Kürzungen bzw. Einfrierungen
im Unterrichtswesen beschlossen.

Auch das haben wir nicht getan.

Im Gegenteil.

Ich sagte es bereits:

Wir haben mit der 2. Anpassung des Haushaltes 2015
und dem Haushalt 2016
die größte Erhöhung des Bildungshaushaltes
beschlossen,
die es jemals in der Geschichte der DG gegeben hat.

Kolleginnen und Kollegen,

bislang hat in der DG noch niemand
unter Sparmaßnahmen dieser Regierung
leiden müssen.

Und zwar deshalb,
weil wir in dieser Legislaturperiode
noch keine einzige spürbare Sparmaßnahme
beschlossen haben.

Wir sparen sozialverträglich.

Wir begnügen uns damit,
in den Funktionskosten einzusparen,
Haushaltsdisziplin zu üben
und Erhöhungen,
da wo sie nicht unbedingt notwendig sind,
zu vermeiden.

Das gilt insbesondere für die fakultativen Ausgaben.

Und wir sind zuversichtlich,
dass wir unsere Haushaltsziel
auf diesem Weg erreichen werden.

Wenn sich jedoch irgendwann herausstellen sollte,
dass dem nicht so ist,
werden auch wir selbstverständlich handeln.

Aber wir bleiben guten Mutes,
dass wir das so hinbekommen werden.

Die Entwicklung der Haushaltssimulation
ist hierfür ein guter Indikator.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode
ist das Ergebnis immer besser geworden.

Vor ziemlich genau einem Jahr
habe ich Ihnen mitgeteilt,
dass wir,
um den Haushalt 2019 und Folgende
ins Gleichgewicht zu bringen,
gegebenenfalls Sparmaßnahmen
beschließen müssten:

3,6 Millionen EUR in 2019
und 3 Millionen EUR in 2020.

Ich habe jedoch damals bereits angekündigt,
alles in meiner Macht Stehende zu tun,
um das zu vermeiden
und stattdessen die Einnahmen der DG
durch Verhandlungen mit dem Föderalstaat
zu verbessern.

Ein halbes Jahr später
habe ich bei der 1. Haushaltsanpassung im April mitgeteilt,
dass wir auf einem guten Weg sind
und unter bestimmten Vorbehalten

in der Lage sein sollten,
schon den Haushalt 2018 ins Gleichgewicht zu bringen
und zwar mit punktuellen Sparanstrengungen
im Jahr 2018 in Höhe von 1 Million EUR.

Tja und heute?

Schauen Sie sich
jetzt noch mal die Finanzplanung
für diese Legislaturperiode an.

**Wir gehen mittlerweile davon aus,
dass wir den Haushalt 2018
ganz ohne weitergehende Sparmaßnahmen
ins Gleichgewicht bringen können.**

Die Rubrik „ Sparmaßnahmen „ ist aus der Simulation verschwunden.

Wir sind also immer besser geworden.

Das verdanken wir zum Einen
der Haushaltsdisziplin
und natürlich vor allem
der Erhöhung unserer Einnahmen,
der Refinanzierung unserer Gemeinschaft.

Natürlich gibt es auch heute noch keinen Grund zur Euphorie.

Erst recht gibt es keinen Grund,
die Haushaltsdisziplin zu lockern,
auch wenn manch einer sich das wünschen würde.

Nein, wir bleiben vorsichtig .

Niemand kann heute
unangenehme Überraschungen ausschließen.

Niemand kann ausschließen,
dass wir irgendwann
auf unserem ehrgeizigen finanzpolitischen Weg
mit Faktoren konfrontiert werden,
die uns zum Handeln und Gegensteuern
zwingen.

Deshalb kann und werde ich
auch heute noch nicht
definitiv weitergehende Sparmaßnahmen ausschließen.

Das könnte niemand;
jedenfalls nicht,
wenn er vorsichtig, umsichtig und redlich ist.

Aber wir sind ganz offenkundig auf einem guten Weg.

Und wir sind auch in der Lage,
trotz weiterhin schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen
neue Akzente zu setzen.

Das haben wir bereits mit dem Haushalt 2016 bewiesen.

Das können Sie noch mehr an den **Finanztabellen**
erkennen,

die wir für die Umsetzung des REK II

erarbeitet haben

und im PDG

zusätzlich zu den Haushaltsdokumenten

hinterlegt haben.

Für die Umsetzung der im REK II

vorgesehenen Zukunftsprojekte

haben wir in dieser Legislaturperiode

vorerst einen Bedarf in Höhe von 27,6 Millionen EUR

identifiziert.

26,4 Millionen EUR für laufende Ausgaben bis 2019.

1,2 Millionen EUR für Infrastrukturinvestitionen.

Hinzukommen noch das Schulbauprogramm in der Eifel und in Kelmis
sowie bestimmte Investitionen in Worriken.

Und Sie werden feststellen,
dass wir die die Finanzierung dieses Bedarfs
schon zum allergrößten Teil abgesichert haben:

durch den laufenden Haushalt,
durch Kofinanzierungen
und durch neue Spielräume,
die wir in die Simulation eintragen konnten.

Bei diesen Investitionen geht es um weitaus mehr
als die drei Buchstaben „REK“ vermuten lassen.

Bei diesen Projekten geht es um nichts anderes
als um Investitionen in die Menschen,
die hier leben.

Es geht um wesentliche Verbesserungen
in unseren Schulen,
in der Kinderbetreuung,
in der Seniorenpflege,
in der Jugendpolitik,
im Tourismus,
im Kampf gegen Arbeitslosigkeit,..

Es geht um Fachkräftesicherung,
Energieeinsparung,
Gesundheitsversorgung, Integration,

Familienpolitik,
Kultur und vieles andere mehr.

Es geht um all das,
was ich hier vor wenigen Monaten
in einer gesonderten Regierungserklärung zum REK II
vorgetragen habe.

Und ich bin dankbar dafür,
dass das Parlament der Regierung
damals das Vertrauen
für die Umsetzung dieses umfassenden Programms
ausgesprochen hat.

Erlauben Sie mir abschließend
Ihnen **1,5 gute Nachrichten** zu übermitteln,
die sich kurzfristig ergeben haben
und die deshalb noch nicht
in den Haushaltsdokumenten berücksichtigt
werden konnten bzw. können.

1. Die innerbelgische Konferenz der Finanzminister
hat am vergangenen Dienstag in Brüssel
festgehalten,
dass unser Beitrag zur innerbelgischen Solidarität,
- unser Beitrag zum Übergangsmechanismus also -
um 1.056.000 gekürzt werden kann.

Dadurch steigen unsere Einnahmen
um 1 Million EUR pro Jahr schon ab 2016.

Diese Mehreinnahmen wurden noch nicht
im Haushalt
und auch nicht in der Simulation
berücksichtigt.

Die kommen noch hinzu.

Diese Verbesserung wurde uns mittlerweile
auch schriftlich vom Finanzministerium bestätigt.

2. Ich hatte bereits vor einem Monat darauf hingewiesen,
dass die aktuellen Diskussionen
zwischen dem Föderalstaat und den Gliedstaaten
über die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur
auch (positive) Auswirkungen
auf unsere Haushaltsplanung
haben könnten.

Nun hat der Konzertierungsausschuss
am vergangenen Mittwoch beschlossen,
eine AG mit Vertretern der Finanz- und Gesundheitsminister
damit zu beauftragen,
entsprechende Vorschläge
bis Ende November vorzulegen.

Da tut sich zurzeit Einiges.

Ich will diesen Verhandlungen
aus naheliegenden Gründen
nicht vorgreifen
– schon gar nicht in einer öffentlichen Sitzung.

Aber es schien mir notwendig,
bei dieser Haushaltsvorstellung zumindest darauf hinzuweisen.

Ich bin gerne bereit,
im Ausschuss nähere Erläuterungen zu geben.

Sie sehen,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind auf einem guten,
wenn auch nicht immer ganz einfachen Weg.

Wir sind zuversichtlich,
unsere ehrgeizigen finanzpolitischen Ziele
ohne weitergehende Sparmaßnahmen
erreichen zu können.

Die Haushalte 2015 und 2016
entsprechen den föderalen Vorgaben.

Wir werden auf der Grundlage derselben Vorgaben
die Haushalte 2018 und Folgende
ins Gleichgewicht bringen
und damit die Grundlage dafür schaffen,
dass die DG dauerhaft mit ihrem Einkommen auskommen kann.

Es gibt keinen Grund zur Euphorie;
wohl aber zu vorsichtigem Optimismus.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen
sind wir darüber hinaus in der Lage,
neue inhaltliche Akzente
und finanzpolitische Schwerpunkte
zu setzen.

Das beweist schon der Ausgabenhaushalt 2016.

Und das wird noch deutlicher
auf der Grundlage
der Finanztabellen zum REK II.

Daraus geht eindeutig hervor,
dass wir über die notwendigen Mittel verfügen,
um jene grundlegenden Zukunftsprojekte
zu verwirklichen,
die wir uns vorgenommen haben,
für die uns das Parlament das Vertrauen ausgesprochen hat
und die für die Menschen,

die hier leben,
von konkretem Mehrwert sein werden.

Und genau darum geht es in der Politik unserer Gemeinschaft:

Wir wollen Mehrwerte schaffen,

Mehrwert für die Menschen,

die hier leben.

Wir wollen die Rahmenbedingungen
für unser gesellschaftliches Zusammenleben verbessern,
die Qualität unserer Dienstleistungen erhöhen,
den sozialen Zusammenhalt stärken
und mit unserem Tun dazu beitragen,
die Lebensqualität in unserer Gemeinschaft weiter zu steigern.

Das wollen wir
und,
wie Sie feststellen konnten,
können wir das auch.